

Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1,10 RM — Durch die Post bezogen 1,20 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 632

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 2 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Acten.

Nr. 5

Sonnabend, den 10. Januar 1931.

44. Jahrgang

Verfalltes!

10. Januar: Ein Tag düsteren Gedankens.

Am 10. Januar sind elf Jahre verfloßen, seitdem der Vertrag von Versailles in Kraft getreten ist. Dieser Tag darf nicht wie einer unter vielen anderen vorübergehen, er muß fröhliche Mahnung für Wiedererlangung der verlorenen Freiheit sein. Was der 10. Januar für Deutschland bedeutet, läßt sich nicht besser ausdrücken als durch die Worte, die am 22. Mai 1919 über das Diktat der Siegermächte und seine Auswirkung in der Nationalversammlung gesprochen wurden:

Wir müssen uns davon überzeugen, daß der Friedensvertrag der Weltanschauung unerschütterlich ist. Denn müssen keine wirtschaftlichen und finanziellen Ziele immer wieder gelassen werden, denn sie sind geradezu Kaufleistungen an Unterwerfung jeder eigenen Kraft.

Es wird ein Tributverhältnis vorgeführt, bei dem es kein Vorkingen und Abarbeiten geben kann, da immer neue Verpflichtungen nachwachsen und befähigt dafür gefordert ist, daß wir wegen nichterledigter Schulden in neue Straußstrecken einbezogen werden. Unter dem Druck dieses „Friedens“ gibt es kein Aufatmen, keine Erholung. Das ganze Volk bleibt müde und getrocknet.

Wollt ihr das tragen?

Wir müssen den deutschen Brüdern im Osten, Westen und Norden die Treue bewahren. Von ihnen verlangen wir, daß sie in allen Gefahren und gegenüber allen Verlockungen deutsch bleiben wollen und alles tun, um nicht in Gleichgültigkeit oder Verrat zu verfallen; aber weil wir das von ihnen fordern, dürfen auch wir nicht um eigener Bequemlichkeit willen der Volksgenossen an den bedrohten Grenzen verzeihen. Es muß ein unzertrennbarer Schutz- und Trutzverband aller Deutschen entstehen, die in der Not noch viel fester zusammengehören wollen als in guten Tagen.

Die Arbeiterkraft hat nicht das geringste Interesse an der Annahme dieses Friedens, denn der Zwangsfriede ist das Ende jedes Sozialismus.

Die Unternehmer sind entseigt, aber nicht etwa zugunsten der Arbeiter, sondern zugunsten der ausländischen Kapitalisten. Da aller Lebensinhalt des Betriebes möglicherweise bleibt kein Mehrwert zur Hebung der Arbeiterklasse. Wir werden zurückgeschleudert werden in Arbeiterzufälle, wie sie vor dem Jahre 1870 in Schlefien oder im Erzgebirge vorkamen waren.

Alle Staatsbürger sollen wissen, daß es auf Grund des Einseitensfriedens keine demokratische Regierung geben kann.

Da wir kein selbständiges Herz mehr besitzen, keine freie Waffenerzeugung, keine wirksame Vertragsmöglichkeit, keine eigene Handelspolitik, keine freie Finanzverwaltung, so sind wir in Wirklichkeit ein belebtes Gefäß, dessen eigentlicher Herr der Vorliegende der Kontrollkommission sein wird. Erst hier es, man wolle nur mit einem demokratischen Deutschland Frieden schließen; nur aber, wo die Demokratie da ist, wird sie gerührt und mischig!

Die Ostreise des Kanzlers.

Am der Weichselgrenze.

Deutsch-Eslau, 9. Januar.

Der Reichskanzler traf auf seiner weiter durchgeführten Ostfahrt in Deutsch-Eslau zu den vorgesehenen Besprechungen mit den Behörden- und Wirtschaftsexperten ein. Der Kanzler übernahm mit den Reiseleitern im Sonderzug und legte um 6 Uhr morgens die Fahrt über Kienburg, Preßnitz und Bischofswerder nach Marienwerder und nach Marienburg fort.

Der Reichskanzler und der Reichsbankpräsident sowie die übrigen Herren, die an der Reise durch Preußen teilnehmen, trafen, von Oberpräsident Dr. Siehr begleitet, in der Stadt Marienwerder ein. Nach der üblichen Begrüßung wurde unverzüglich die Fahrt an die Weichsel angetreten.

Im Hause von kurzgedacht erläuterte der Regierungspräsident dem Reichskanzler die trübsinnige und hoffnungslose Grenzfrage. Die Ausführungen des Regierungspräsidenten wurden ergänzt durch einen Vortrag des Reichsdirektors des Reichs- und Wirtschaftspräsidenten. Der sich in sehr ausführlicher Weise über das Deichproblem aussprach, Sodann erfolgte die Weiterfahrt nach Großmehl. Hier wurde das alte Landhaus eines Besitzers besichtigt, dessen Grundstück durch die Grenze in zwei Teile geschnitten wird. Diese Grenzfrage machte auf den Reichskanzler einen starken Eindruck.

Es erfolgte die Weiterfahrt nach Weisenberg bei Stuhm, wo Landrat Dr. Zimmer und Deichhauptmann Funt-Ebling den Kanzler in Empfang nahmen. Es wurden der Grenzfrage an der Dreiländerde und das Weichselproblem besichtigt. Von hier aus erfolgte die Rückfahrt über Stuhm nach Marienwerder, wo mittags ein Empfang der Berufsstände Weichselpreußens im eingelegten Gemeindefeierhaus begann.

Polnische Wutanfälle.

Warschau, 9. Januar.

Die polnische Presse, besonders aber die Regierungsblätter, sind über die Diktatverträge des Reichskanzlers sehr

erregt. Während das maßgebende Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, sich in ihrer Mittwochsausgabe nur auf die Berliner Meldungen beschränkt, wird das Schwesterblatt „Kurjer Poranny“ maßlos ausfällig.

Die Reise des Kanzlers sei eine herausfordernde Orgie, die vor allen Dingen in den Begrüßungsansprachen der „Spitzen der Gesellschaft“ zum Ausdruck gekommen sei. Alle diese Reden, die im Einvernehmen mit der Reichsregierung verfaßt worden seien, sind nach Ansicht des Blattes voll von bruttalen Angriffen auf Polen. Alles weise darauf hin, daß man es hier zweifellos mit einem „pedantisch arrangierten Spektakel“ zu tun habe.

Als Beweis führt das Blatt den Artikel des preußischen Finanzministers im „Börsen-Courier“ an, der vor wahrheitsgemäßer Kritik gegen Polen überfällig. In diesem Artikel hätte der Finanzminister den unbefriedigbaren Willen, Polen seine Westgebiete zu rauben, zum Ausdruck gebracht, wobei er sich bemüht der frechen und in höchstem Maße herausfordernden Ausdrücke bedient hätte.

Dies alles sei in der Tat eine Wagnerische Ouvertüre zu Genf, wo Reichsfinanzminister Curtius seine Heldentat zu spielen habe.

Zum Schluß verleiht das Blatt der polnischen Opposition noch einen Seitenhieb, indem es erklärt, daß das Material, welches die Berliner Presse zur systematischen Hege gegen Polen verwende, ihr von der sogenannten „Elite der polnischen Intelligenz“ zur Verfügung gestellt werde.

Streiklage im Ruhrgebiet.

Essen, 9. Januar.

In der letzten Schicht bestanden nach dem Bericht des Bergbauvereins von insgesamt 132 211 Mann 2606, unter denen sich noch 1531 Enthaltsene befinden. Die Gesamtschicht stellt sich auf 1,97 Prozent, ohne die Enthaltsenen auf 0,81 Prozent. An den Bergwerken des Ruhrgebietes sind nach dem 12. Prozent der Belegschaft ausständig; in den übrigen Bergwerken sind die Festhitzer so gering, daß der Zustand bereits als beendet anzusehen ist. In der letzten Nacht sind auf der Seche de Wendel durch Polizeibeamte 14 Streikführer festgenommen worden.

Stegerwald über den Lohnstreit.

Berlin, 9. Januar.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat sich über den Lohnstreit im Ruhrgebiet geäußert. Er erklärte dabei u. a., den Unternehmen sei niemals von irgendeiner Regierungsfstelle bei der Kohlenpreisfestsetzung in Aussicht gestellt worden, daß im Kohlenbergbau eine Lohnfestsetzung von mindestens 8 Prozent, vom 1. Januar angefangen, eintreten werde. Der Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums habe lediglich erklärt, daß bei Senkung der Kohlenpreise für das Ausmaß einer Lohnfestsetzung gewisse Anhaltspunkte vorlägen.

Die Streikbewegung in Oberschlesien.

Gleiwitz, 9. Januar.

Obwohl zwei weitere Gruben von der polnischen wilden Streikbewegung erfaßt worden sind, ist die Zahl der ausständig Arbeiter im ober-schlesischen Bergbau gegenüber Mittwochnachmittag erheblich zurückgegangen.

Auf der Dehringener-Grube (Gleiwitz-Sosniga) und auf der Widmig-Gruhe, wo am Mittwoch 60 bzw. 40 Prozent der Belegschaft freilassen, ist die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Auf allen betroffenen Gruben ist der Prozentsatz der nichteingefahrenen Arbeiter stark gesunken. Es treffen zurzeit auf Grube Königin Luise Dörsel 36,7 Prozent (Mittwoch nachmittag) 67 Prozent, Königin Luise Weiffied 18,7 (31) Prozent, Guido 8,7 (20) Prozent, Hedwigsgrube 45 (80) Prozent, Concordia 30 (96) Prozent, Gattelstein 47 (85) Prozent, Amwehe 63 (90) Prozent, Heinitz 16 (—) Prozent, Hohenzollern 40 (—) Prozent, Preußen 19 (40) Prozent, Widmiggrube — (40) Prozent, Dehringen — (60) Prozent. Auf allen übrigen Gruben wird voll gearbeitet.

Diétrich antwortet seinen Kritikern.

Die Arbeitslosenversicherung soll nicht abgeschafft werden.

Hellström, 9. Januar.

In einer großen demokratischen Versammlung sprach Reichsfinanzminister Dr. Diétrich. An seinen Ausführungen ging der Minister besonders auf die Pressestimmen ein, die in der deutschen und internationalen Presse zu seinen in Stuttgart gemachten Vorschlägen laut geworden sind und erklärte, daß seine Vorschläge mit Subventionen politisch nicht zu tun hätten. Er habe ausdrücklich gesagt, bei der lebenswichtigen Produktion sei einzugehen und nicht etwa bei einem einzelnen Unternehmen eines solchen lebenswichtigen Produktionszweiges.

Daß er durch seine Pläne die Finanzwirtschaft erschüttere, sei ein Vorwurf, für den keinerlei Beleg beigebracht werden könne. Wie sollte ein Schaden für die Wirtschaft entstehen, wenn man, falls die Arbeitslosen zu unterstützen, das Geld dazu aufwende, sie zu beschäftigen? Daraus könne höchstens ein Vorteil entstehen. Er wolle die Arbeitslosenversicherung nicht abschaffen; denn sonst hätten wir am anderen Tage eine Revolution im Lande, sondern nur den Arbeitslosen Beschäftigung geben.

Sozialversicherung 1929/30.

Gesamteinnahme 4,5 Milliarden.

Berlin, 9. Januar.

Nach der jetzt vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Statistik sind im Jahre 1929 von den Trägern der Sozialversicherung (mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung) im ganzen 4,1 Milliarden Reichsmark an Beiträgen vereinnahmt worden. Nimmt man die Vermögensertragssteuern und sonstigen Einnahmen einschließlich der noch durch nachträgliche Aufwertung erhaltenen Beiträge hinzu, so ergibt sich eine Gesamteinnahme von 4,5 Milliarden Reichsmark für alle Versicherungsarten einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Ihnen stehen Gesamtausgaben in Höhe von 3,7 Milliarden gegenüber, von denen 3,4 Milliarden oder 92 Prozent auf die Pflicht- und freiwilligen Leistungen entfallen, während für Verwaltungskosten insgesamt 6,35 Prozent der Beiträge verwandt wurden. Da die Einnahmen die Ausgaben um 764 Millionen Reichsmark übersteigen, so ist das Gesamtergebnis dadurch im Laufe des Jahres 1929 von 3,4 auf 4,2 Milliarden Reichsmark angewachsen.

Die Arbeitslosenversicherung einschließlich der Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, aber ohne Rentenversicherung, erforderte 1,16 Milliarden Reichsmark an Leistungen. Die Erträge für das jetzt abgelaufene Jahr 1930 lassen sich nur für einige Gebiete schätzen. Bemerkenswert ist, daß die knappschüssliche Rentenversicherung voraussichtlich Fehlbeiträge sowohl in der Arbeiterrentenversicherung als auch in der Angestelltenrentenversicherung aufweisen wird, während im Vorjahre noch in beiden Fällen Ueberüberschüsse festzustellen waren.

Die Reichspost und ihr Gründer.

Gedenkfeste für Generalpostmeister von Stephan.

Berlin, 8. Januar.

Aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Geburtsfestes des Generalpostmeisters von Stephan veranstaltete das Reichspostministerium in der Berliner Singalademie eine Gedenkfeste, die von musikalischen Vorträgen umrahmt war.

Die Begrüßungsansprache hielt Reichspostminister Dr. Schöberl. Er führte u. a. aus: Wir haben uns hier vereint, um in schlichter Form des geschichtlichen Tages zu gedenken, an dem vor hundert Jahren Heinrich von Stephan, der Gründer und Organisator der Deutschen Reichspost, der Schöpfer des Weichselpostvereins, geboren wurde. Der Weichselpostverein, heute eine Selbstverständlichkeit, feierte eine Tat von übermächtiger Kühnheit, die auf dem Verkehrsgebiet nicht etwa nur die Idee von PanEuropa verwirklichte, sondern alle Kulturnationen der Erde unter Niederlegung aller Grenzgrenzen zu einer Verkehrsunion zusammenführte, ist in seinen Grundzügen heute noch, wie ihn Stephan ins Leben gerufen hat. Wenn die Deutsche Reichspost im Laufe der Jahre eine gesunde und fröhliche Aufwärtsentwicklung genommen hat und leistungsfähig für die weitere Zukunft dasteht, so verdankt sie dies in erster Linie dem Verdienste Heinrich von Stephans. An unerlöschlicher tiefer Dankbarkeit beugt sich daher am heutigen Tage die Deutsche Reichspost vor dem Genius Heinrich von Stephans. Der Reichspräsident, der leider an der Teilnahme verhindert ist, bringt in einem besonderen Schreiben an mich die dankbare Anerkennung zum Ausdruck, mit der er der hohen Bedeutung Heinrich von Stephans gedenkt. Der Reichskanzler und die Reichsregierung nehmen lebhaften Anteil an der Feier für den großen Sohn des deutschen Volkes.

Die Festrede

hielt Staatsminister a. D. von Sydow, der ausdrücklich den Weichselpostverein, die außerordentlich schnelle und glanzvolle Laufbahn Heinrich von Stephans, sein Weien und seine Persönlichkeit feierte. Stephans Reformmöglichkeit auf postfachlichem Gebiet fand unter dem Beifall, daß auch bei der Post die Förderung des Gemeinwohls oberstes Gesetz sein und bleiben müsse. Stephans Werk, so schloß der Redner, hat ihn überlebt. Das Vorbild, das Stephan durch den Geist gegeben hat, der ihn zu seinen Taten befähigt hat, wird dauernd bestehen. Die Deutsche Reichspost möge stets von sachkundigen Männern geleitet sein, die ihres Amtes im Sinne Stephans walten, indem sie mit freiem durch kein Diktat beengtem Blick das Steuer führen und bei all ihrem Tun die Förderung des allgemeinen Wohls zum alleinigen Leitfaden nehmen.

Die Anschließ-Verhandlungen.

Vorläufige eine Angliederung von Medienburg-Strelitz.

Berlin, 9. Januar.

Eine Korrespondenz hatte in diesen Tagen die Meldung ortsportiert, die Verhandlungen mit Medienburg-Strelitz über den Anschluß an Preußen ständen vor dem Abschluß. Medienburg-Strelitz würde als Regierungsbezirk unter Zuteilung der kreisfreie Lagerämter, Tempeln und Drenslau der Provinz Brandenburg angegliedert werden. Wie demgegenüber von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist wohl mit Medienburg-Strelitz über den Anschluß bzw. die Bedingungen, unter denen der Anschluß vorzunehmen wäre, verhandelt worden, doch befinden sich diese Verhandlungen in einem völlig unerlöschlichen Vorstadium.

Freiwillige Feuerwehr Nebra.

Am 4. Januar, nachm. 3 Uhr, hielt unsere Freiwillige Feuerwehr ihre diesjährige Generalversammlung im „Ratskeller“ ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1) Jahresbericht des Brandmeisters; 2) Rechnungslegung des Kassierers; 3) Wahl von zwei Statutenrevisoren ausstehenden Mitgliedern des Vorstandes; 4) Verschiedenes. — Der Brandmeister Hartmann erstellte die von 48 Kameraden bestehende Hauptversammlung. Er begrüßte die erschienenen Kameraden, insbesondere unseren Herrn Bürgermeister, der zur Tagung erschienen war. Zunächst wurde die Ehrung des Kameraden Karl Gleitsmann vorgenommen, welcher nunmehr 25 Jahre der Wehr angehört. Der Brandmeister gab bekannt, daß Kamerad Gleitsmann ein sehr dienstfertiges Mitglied der Wehr ist, und dankte demselben dafür, daß er sich 25 Jahre freiwillig in den Dienst der Nächstenliebe gestellt habe und wünschte ihm, daß er noch lange Mitglied der Wehr bleiben könne. Darauf ergriß der Herr Bürgermeister das Wort und sprach lobende Anerkennung über Kamerad Gleitsmann aus und überreichte ihm das vom preussischen Staatsministerium verliehene Ehrenzeichen nebst der Anerkennungsurkunde mit dem Wunsch, es noch recht lange tragen zu können. Der so geehrte Kamerad Gleitsmann dankte für diese Ehrung in kurzen Worten. — Nun wurde zu Punkt 1 der Tagesordnung übergegangen. — Jahresbericht: Unsere Freiwillige Feuerwehr zählt 55 aktive und 4 Ehrenmitglieder. Es haben flammgefunden am 5. Januar eine Generalversammlung, ferner 2 Brände (der erste Brand auf dem bisherigen Rittergut am 5. Februar, der zweite am 28. Februar bei den Herren Kellermeister Fritz Widl und Uhrmacherges. Paul Schwider. Ferner fand am 16. Februar unser 53jähriges Stiftungsfest, bestehend aus Theater und Ball, im Schützenhause statt. Am 28. Februar ging der langersehnte Wunsch unserer Wehr in Erfüllung: es konnte die neue Wehr-Paten-Entscheidung, die von der Stadt angekauft worden war, im Rahmen mit Waffeln im Besatz durch die Wehr abgeholt werden. Am 8. März wurde die Leiter durch Herrn Ing. Wobrodek aus Ballenstedt vorgeführt und dann der Wehr zur Benutzung übergeben. Am 12. April fand die Ab-

nahme der neuen Leiter und Prüfung der Wehr durch Herrn Prov. Feuerlöschdirektor Schulz-Magdeburg statt. Während der Feuerlöschwoche vom 27. April bis 3. Mai wurde ein Umzug durch die Stadt mit Waffeln und allen Löschgeräten gemacht, an dem die Freiwillige Sanitätskolonne teilnahm. Als Abschluss der Feuerlöschwoche wurde am 3. Mai eine Alarmübung zusammen mit der Pflichtfeuerwehr und der freiwilligen Sanitätskolonne abgehalten. Als Brandstelle galt das Rathaus. Am 4. Mai wurde das „Blitzlein für alle“ in der Stadt verteilt; der Umgang brachte für die Geräte eine gute Einnahme. Die Wehr beteiligte sich am Begräbnis des Kameraden Vollmann am 28. Mai. Der Verstorbene hand in der Mitte seines Lebens und gehörte der Wehr 16 Jahre als Mitglied an. Er war immer ein eifriger und beliebter Kamerad. Die Wehr war vertreten zum Bezirksverbandstage in Delitzsch und zum Kreisverbandstage in Carsdorf; ferner beteiligte sie sich an der Uebung des Kreisverbandes der freiwilligen Sanitätskolonnen vom roten Kreuz am 31. August. Es fanden weiter statt: 5 freiwillige Feuerwehrrübungen, eine Alarmübung mit Freiwilliger, Pflichtfeuerwehr und Freiw. Sanitätskolonne und eine Pflichtfeuerwehrrübung. Die Wehr ist unterrichtet mit der Handhabung der Minimax-Handfeuerlöschgeräte und den Radikal-Handfeuerlöschgeräten; die Rauchschlösschen wurden ebenfalls ausprobiert. Ferner wurden noch 3 Versammlungen und 6 Kommandosübungen abgehalten. — Neu aufgenommen wurden in die Wehr die Kameraden Emil Kneißt, Kurt Marquardt und Karl Horbel. — Möge denn unsere Freiwillige Feuerwehr auch weiterhin getreu ihres stolzen Wahlspruches: „Gott zur Ehr“, dem Nächsten zur Wehr!“ eingebend sein und zum Wohle unserer lieben Stadt Nebra weiter blühen und gedeihen; auch mögen sich allseitig Männer finden, die unsere freiwillig übernommenen Beruf taftstäftig mit unterstützen. Auch wollen wir unserer Kameraden nicht vergessen und ich bitte Sie, sich zu ihren Ehren von den Plätzen zu erheben. Mit diesem Wunsch schliesse ich meinen Bericht und wir treten zuversichtlich ins neue Jahr ein. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Kamerad Gustav Bernheim einen ausführlichen Jahresbericht. Demnach ist ein Bestand der Geräteecke von 40 36 RM, der Vermögenslage von 484,80 RM, des Dispositionsfonds von 20, 26 RM, in

Summa mitfin ein Bestand von 546, 02 RM vorhanden. Die Kasse wurde von den Kameraden Schner, Saniel und Franz geprüft und für richtig befunden. Währen wurde auf Antrag der Neujahres den Kassierer einstimmig die Entlassung erteilt. Punkt 3: Wahlen. Es schied durch das Los aus dem Vorstand aus die Kameraden Bernheim und Schner. Kamerad Bernheim wurde als Kassierer einstimmig wiedergewählt, Kamerad Schner hat die Kameraden wegen seines Alters ihn von dem Schriftführeramt zu entbinden; diesem Wunsch wurde entsprochen. Mit schwerem Herzen nahm er Abschied von seinem Amte, das er 30 Jahre lang in Treue und Liebe zum Wohle der Kompagnie verwaltet hat. — Der Brandmeister dankte dem Scheidenden im Namen der Kompagnie und bat ihn noch, in der Mitte des Kommandos zu verbleiben, was er auch versprach. — Der Herr Bürgermeister richtete ebenfalls zu Herzen gehende Abschiedsworte an Kamerad Schner und gab seiner Freude über dessen langjährige Tätigkeit in der Kompagnie Ausdruck. Besonders hob er hervor, daß sich das die jüngeren Kameraden als Beispiel nehmen möchten. Er wünschte dem Scheidenden noch einen langen, durch Gesundheit verkörperten Lebensabend. — Als Nachfolger wurde Kamerad Emil Kneißt zum Schriftführer gewählt. — Kamerad Sartmann hat ebenfalls, daß er von seinem Amte entbunden werde und an seine Stelle eine jüngere Kraft trete. Durch einstimmigen Beschluß sprach die Kompagnie ihm das Vertrauen aus und äußerte damit den Wunsch, er möge sein Amt weiter verwalten. — Ein Uniform-Appeal findet in Kürze statt. — Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten sprach der Herr Bürgermeister seinen Dank und die Anerkennung über den guten Geist sowie über die Disziplin aus, die in der freiwilligen Feuerwehr herrscht. — Nach einem markanten Schlußwort und einem kräftigen „Gut Wehr!“ schloß Brandmeister Hartmann die General-Versammlung.

Lisa Böttcher
Erich Meyer

danken, auch im Namen beider Eltern, für die überaus zartlichen Glückwünsche und Geschenke aus Anlaß ihrer Verlobung.

Nebra, im Januar 1931.

Bekanntmachung.

Arbeitnehmer, bei denen der Steuerabzug vom Arbeitslohn im Kalenderjahr 1930 im Markenverfahren durchgeführt worden ist, werden aufgefordert, ihre Steuerkarte 1930 und den Einlagebogen, der zum Einfließen und Entwerfen von Steuermarken im abgelaufenen Kalenderjahre verwendet worden ist, bis zum 20. Januar 1931 an das Finanzamt abzuliefern, in dessen Bezirk sie am 10. Oktober 1930 ihren Wohnsitz gehabt haben. Dabei ist die Besörde, welche die Steuerkarte 1931 ausgefertigt hat, und die Nummer, die die Karte trägt, anzugeben.

Kann ein Arbeitnehmer die Steuerkarte nicht mit abliefern, weil sie der Arbeitgeber in Händen hat, ist bei Einlieferung des Einlagebogens der Arbeitgeber unter Angabe seines Wohnortes namhaft zu machen.

Auch die Arbeitnehmer, die am 31. Dezember 1930 in keinem Dienstverhältnis gestanden haben, sind verpflichtet, ihre Steuerkarte 1930 zum 20. Januar 1931 einzuzeigen und anzugeben, wo sie am 10. Oktober 1930 gewohnt haben.

Die Befolgung dieser Aufforderung kann erzwingen, ihre Nichtbefolgung bestraft werden.

Querfurt, den 8. Januar 1931.

Finanzamt Querfurt.

Holz-Verkauf

Forstrevier Nebra.

Im Gasthause zu Wippach
Montag, den 12. Januar 1931
gelangen aus den Abteilungen 6 und 8 nachstehende Holz- und Brennholz meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf:
2 Stück Nieser-Stämme = 0,67 fm
184 rm Buchen-Schichte
43 " Buchen-Hollen, 1 1/2, lang m
44 " Buchen-Knüttel
179 " Buchen-Weißig, 1. Klasse.
Es wird verkauft von Nr. 1 bis 214.
Zusammenkunft 10 1/2 Uhr mittags. — Verkaufsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Wippach, den 31. Dezember 1930,

von Helldorff'sche Forstverwaltung.

Schützenhaus

Am Sonntag, den 11. Januar, abends 8 Uhr
Abonnementskonzert
der Stadtkapelle Nebra
mit aussergewöhnlichem Programm.

Anschließend **Tanzkränzchen**
Eintrittskarten sind auch an der Abendkasse noch erhältlich :-
Um zahlreichen Besuch bitten

C. Stein. R. Janda.

Stadt-Lichtspiele Preuss. Hof

Achtung! Achtung!
Sonntag, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Der größte deutsche Tonfilm mit
Emil Jannings, Mariene Dietrich in

Der blaue Engel

Ferner:

Großes Beiprogramm.
Es ladet freundlich ein Borgwardt.

Wertvolle Bücher

in ungekürzten neuen Ausgaben
Jeder Band in Leinen gebunden RM 2.85

R. H. Barltz / Frau Ulta und der Jäger
L. Feudtjaenger
Die häßliche Herzogin Margarethe Mantelst
R. Grelitz / Vorkühnung der Liebe
Fel. Holländer / Der Weg des Thomas Truck
Paul Keller / Marie Heintz
Paul Keller / Der Sohn der Hagar
Paul Keller / Waldwinter
Th. Mann / Die Buddenbrooks
Fr. Meißner / Werke in Auswahl 2 Bände
C. L. Schleidt / Befannte Vergangenheit
Ungekürzt mit sämtlichen Bildern
S. Efr. v. Sell / Weggenossen
Frank Thiße / Die Verdammten
Jakob Wassermann / Das Gänseblöndchen
Fr. Weber / Verd, Roman der Oper

Vorrätig bezw. zu beziehen durch

W. Scharf, Buchhandlung

Nur für Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkeitschrift
Der Deutsche Rundfunk
Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Bahnhofswirtschaft Nebra

Sonntag, den 11. Januar
von nachm. 1/3 Uhr ab
Großer Preis-Skat
Es ladet freundlich ein Frau Kriebloch.

Bel Sportbedarf nur Fulsche!

Trainings-Anzüge aller Größen
in verschiedenen Farben - gute Qualität!
Turnhosen
Turnjacken
Fussballjacken
Fuss-Bälle
Knieschützer pro Paar RM 2.40
Knöchelschützer pr. P. „ 2.40
Skier und Ski-Zubehör

Hellmutz Fulsche, Turn- und Sportartikel, Nebra

Versicherungs-Inspektor

gegen feste Bezahlung
gelehrt. — Offerten unter
O J. 491 an Ala, Magdeburg.

Spelezwiebeln

werden im Einzelnen zu je Str. 2.— RM. abgegeben
Rittergut Reinsdorf
bei Wippenburg.

1 Damenmantel mit Umhängelzipf

billich zu verkaufen.
Wo? fragt die Geschäftsstelle d. Bl.

Frau zum Brötchenaustragen

gehört.
Bäckermstr. Kühnold.

Drucksachen

aller Art
in geschmackvoller, sauberer
Herstellung liefert billigst die
Buchdruckerei W. Sauer
Röhlben

Gerösteten Kaffee

empfehl
Ww. Meitz, Nebra

Mädchen

in kinderlosen Haushalten zum
1. März oder früher gesucht.
Frau Dr. med. Wiegner,
Rosleben.

Treue Freunde

Das Brochettchen Monatshefte jedem
Schützlinge, indem der einmal Be-
grüßter dieser (schönen, in Inhalt und
Ausstattung an seiner Seite über-
trefflichen Monatshefte geworden
ist. Der Eine für kulturelle Werte
hat, der andre für das ausgezeich-
neten Orten. Gute Nominen und
Novellen namhafter Verleger geben
zusammen mit den bunten und ein-
farbig illustrierten Vorlagen mannig-
fache Unterhaltung und Anregung.
Jedes Heft kostet 2 Mark. Mit ein
Schubhaken der Hefte wird ein Buch
zu monatlich 2 Mark 50 Pf. abgegeben.

Ein Brochettchen von 1000
Menschen mit dem Namen der Ein-
sendung von 20 Pf. für Porto durch
den Verlag Georg Weyersmann,
Dresden, ohne trennung über
Nichtigung für Sie garantiert.
Name: _____
Adress: _____
Beruf: _____

Neubraer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köthen.

Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köthen.

Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Dienstagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtparkasse Neuba — Banverein Artzen.

№ 5

Sonnabend, den 10. Januar 1931.

44. Jahrgang

Verfalltes!

10. Januar: Ein Tag düsteren Gedentens.

Am 10. Januar sind elf Jahre verflohen, seitdem der Vertrag von Versailles in Kraft getreten ist. Dieser Tag darf nicht wie einer unter vielen anderen vorübergehen, er muß händige Mahnung für Wiedererobung der verlorenen Freiheit sein. Was der 10. Januar für Deutschland bedeutet, läßt sich nicht besser ausdrücken als durch die Worte, die am 22. Mai 1919 über das Diktat der Siegermächte und seine Auswirkung in der Nationalversammlung gesprochen wurden:

Wir müssen uns davon überzeugen, daß der Friedensentwurf der Weltmächte tatsächlich undurchführbar ist. Dazu müssen seine wirtschaftlichen und finanziellen Ziele immer wieder gesehen werden, denn sie sind geradezu Kautschukfüßen an Unterbindung jeder eigenen Kraft.

Es wird ein Erbverhältnis vorgeführt, bei dem es kein Sorgen und Abarbeiten geben kann, da immer neue Verpflichtungen nachwachsen und befähigt dafür gefordert ist, daß wir wegen nichterledigter Schulden in neue Strafpollstrecken einbezogen werden. Unter dem Druck dieses „Friedens“ gibt es kein Warten, seine Erlösung. Das ganze Volk bleibt müde und getrieben.

Wollt ihr das tragen?

Wir müssen den deutschen Brüdern im Osten, Westen und Norden die Treue bewahren. Von ihnen verlangen wir, daß sie in allen Gefahren und gegenüber allen Verlockungen deutsch bleiben wollen und alles tun, um nicht in Gleichgültigkeit oder Betrug zu verfallen; aber weil wir das von ihnen fordern, dürfen auch wir nicht um eigener Bequemlichkeit willen der Volksgenossen an den bedrohten Grenzen vergessen. Es muß ein unzerföhrbarer Schutz und Trutzverband aller Deutschen entstehen, die in der Not noch viel fester zusammengehören wollen als in guten Tagen.

Die Arbeiterklasse darf nicht das geringste Interesse an der Annahme dieses Friedens, denn der Zwangsfriede ist das Ende jeden Sozialismus.

Die Unternehmer sind enteignet, aber nicht etwa zugunsten der Arbeiter sondern zugunsten der ausländischen Kapitalisten. Da aller Ueberdruß des Betriebes meggeklammert wird, bleibt kein Mehrwert zur Hebung der Arbeiterklasse. Wir werden juristisch gequält werden in Arbeiteraufstände, wie sie vor dem Jahre 1870 in England oder im Erzgebirge vorkamen waren.

Alle Staatsbürger sollen wissen, daß es auf Grund des Einseitensfriedens keine demokratische Regierung geben kann.

Da wir kein selbständiges Meer mehr besitzen, keine freie Wassernutzung, keine wirksame Vertragsgemäßigkeit, keine eigene Handelspolitik, keine freie Finanzverwaltung, so sind wir in Wirklichkeit ein belehntes Gebiet, dessen eigentlicher Herr der Vorkriegende der Kontrollkommission sein wird. Erst dann wird es möglich sein, daß ein demokratisches Deutschland Frieden schließen; nur aber, wo die Demokratie da ist, wird sie gerührt und mißachtet!

Die Offreise des Kanzler

An der Weichselgrenze.

Deutscher Eulau, 9. Januar.

Der Reichstanzler traf auf seiner weiter durcgezöhrten Offreise in Deutsch-Eulau zu den vorgelegenen Besprechungen mit den Weichsel- und Weichseluferreitern ein. Der Kanzler übernahm die mit den Reichstanzlern im Sonderzug und legte um 6 Uhr morgens die Fahrt über Rielenburg, Freiblad und Weichselmorgen nach Marienwerder und

Präsident sowie die Offreisen teilnehmend begleitet, in denen Begrüßungsfest angereitet.

der Regierungsgesandten und hohinpreisenden Regierungsvortrag des Reichstanzlers ausführender Sodann erfolgte wurde das alle Grundstück durch d. Die Geesstärken Einbrud.

Weichselberg bei Hauptmannmann. Es wurden das Weichselufer Reichstanzler über in Empfang der in Gemeindeführer

au, 9. Januar die Regierungsgesandten

erregt. Während das maßgebendste Regierungsblatt, die „Gazetta Polska“, sich in ihrer Mittwochs Ausgabe nur auf die Berliner Meldungen beschränkt, wird das Schwesterblatt „Kurjer Poranny“ maßlos ausfällig.

Die Reize des Kanzlers sei eine herausfordernde Orgie, die vor allen Dingen in den Begrüßungsansprachen der „Spitzen der Gesellschaft“ zum Ausdruck gekommen sei. Alle diese Reden, die im Einvernehmen mit der Reichsregierung verfaßt worden seien, sind nach Ansicht des Blattes voll von bruttalen Angriffen auf Polen. Alles weist darauf hin, daß man es hier zweifellos mit einem „pedantisch arrangierten Spektakel“ zu tun habe.

Als Beweis führt das Blatt den Artikel des preussischen Finanzministers im „Börsen-Courier“ an, der vor wahrhaftiger Wut gegen Polen überheißt. In diesem Artikel hätte der Reichstanzler ausgiebig in den Weichsel-Rufen seine Weichselgeize zu rauben, zum Ausdruck gebracht, wobei er sich bemüht der frechsten und in höchstem Maße herausfordernden Ausdrücke bedient hätte.

Dies alles sei in der Tat eine Wagnerische Ouerfüre zu Genf, wo Reichsaussenminister Curtius seine heldenrollen zu spielen habe.

Zum Schluß verleiht das Blatt der polnischen Opposition noch einen Seitenhieb, indem es erklärt, daß das Material, welches die Berliner Presse zur systematischen Hege gegen Polen verwende, ihr von der sogenannten „Elite der polnischen Intelligenz“ zur Verfügung gestellt werde.

Streifflage im Ruhrgebiet.

Essen, 9. Januar.

In der letzten Schicht fehlten nach dem Bericht des Bergbauvereins von insgesamt 132 211 Mann 2066, unter denen sich noch 1531 Enklaffene befinden. Die Gesamtschicht stellt sich auf 1,97 Prozent, ohne die Enklaffenen auf 0,81 Prozent.

In den Westfalen-Dinstalpen und Hamm sind noch je 12 Prozent der Belegschaft ausbleibend, in den Weichsel-Rufen sind die Fehlzeiten je gering, daß der Zustand bereits als beendet anzusehen ist. In der letzten Nacht sind auf der Strecke die Weichsel durch Polizeibeamte 14 Streifflieger festgenommen worden.

Stegerwald über den Lohnstreit.

Berlin, 9. Januar.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat sich über den Lohnstreit im Ruhrgebiet geäußert. Er erklärte dabei u. a., den Unternehmern sei niemals von irgendeiner Regierungsgesandtschaft die der Kohlenpreisfestsetzung in Aussicht gestellt worden, daß im Kohlenbergbau eine Lohnfestsetzung von mindestens 8 Prozent, vom 1. Januar angefangen, eintreten werde. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsausschusses habe lediglich erklärt, daß bei Senkung der Kohlenpreise für das Ausland eine Lohnfestsetzung gewisse Anhaltspunkte vorlägen.

Die Streifflage in Oberschlesien.

Gleiwitz, 9. Januar.

Obwohl zwei mehrere Gruben von der polnischen Weichsel-Streifflage erfaßt worden sind, ist die Zahl der ausständigen Arbeiter im ober-schlesischen Bergbau gegenüber Mittwochsnachmittag erheblich zurückgegangen.

Auf der Dehringen-Grube (Gleiwitz-Gesellschaft) und auf der Widmig-Gleiwitz-Grube, wo am Mittwoch 60 bzw. 40 Prozent der Belegschaft freitaten, ist die Arbeit in weitem Umfang wieder aufgenommen worden. Auf allen befreiten Gruben ist der Prozentfuß der nichteingefahrenen Arbeiter stark gesunken. Es streikten zurzeit auf Grube Königin Luise Dörsel 36,7 Prozent (Mittwoch nachmittag) 67 Prozent), Königin Luise Weichsel 18,7 (31 Prozent), Guido 8,7 (20 Prozent), Hedwigsgrube 45 (80 Prozent), Concordia 30 (98 Prozent), Colteslau 47 (85 Prozent), Wobers 63 (90 Prozent), Heilig 16 (—) Prozent, Sobenpöllern 40 (—) Prozent, Kreuzen 19 (40 Prozent), Widmigslitz (—) (40 Prozent), Dehringen — (60 Prozent). Auf allen übrigen Gruben wird voll gearbeitet.

Dietrich antwortet seinen Kritikern.

Die Arbeitslosenversicherung soll nicht abgeschafft werden. Heilbronn, 9. Januar.

In einer großen demokratischen Versammlung sprach Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. In seinen Ausführungen ging der Minister besonders auf die Pressestimmen ein, die in der deutschen und internationalen Presse zu seinen in Stuttgart gemachten Vorschlägen laut geworden sind und erklärte, daß seine Vorschläge mit Subventionen politisch nicht zu tun hätten. Er habe ausdrücklich gesagt, bei der lebenswichtigen Produktion einzugehen und nicht etwa bei einem einzelnen Unternehmen eines solchen lebenswichtigen Produktionszweiges.

Daß er durch seine Pläne die Finanzwirtschaft erschüttere, sei ein Vorwurf, für den keinerlei Beleg beigebracht werden könne. Wie solle ein Schaden für die Wirtschaft entstehen, wenn man, statt die Arbeitslosen zu unterstützen, das Geld dazu aufwende, sie zu beschäftigen? Daraus könne höchstens ein Vorteil entstehen. Er wolle die Arbeitslosenversicherung nicht abschaffen; denn sonst hätten wir am anderen Tage eine Revolution im Lande, sondern nur den Arbeitslosen Beschäftigung geben.

Sozialversicherung 1929/30.

Gesamteinnahme 4,5 Milliarden.

Berlin, 9. Januar.

Nach der jetzt vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Statistik sind im Jahre 1929 von den Trägern der Reichsversicherung (mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung) im ganzen 4,1 Milliarden Reichsmark an Beiträgen vereinnahmt worden. Nimmt man die Vermögenserträge und sonstigen Einnahmen einschließlich der noch durch nachträgliche Aufwertung erhaltenen Beiträge hinzu, so ergibt sich eine Gesamteinnahme von 4,5 Milliarden Reichsmark für alle Versicherungsweige einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Ihnen stehen Gesamtausgaben in Höhe von 3,7 Milliarden gegenüber, von denen 3,4 Milliarden oder 92 Prozent auf die Pflicht- und freiwilligen Leistungen entfallen, während für Vermögenslosen insgesamt 6,35 Prozent der Beiträge verwandt wurden. Da die Einnahmen die Ausgaben um 764 Millionen Reichsmark übersteigen, so ist das Gesamtvermögen dadurch im Laufe des Jahres 1929 von 3,4 auf 4,2 Milliarden Reichsmark angewachsen.

Die Arbeitslosenversicherung einschließlich der Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, aber ohne Rentenunterstützung, erforderte 1,16 Milliarden Reichsmark an Leistungen. Die Ergebnisse für das jetzt abgelaufene Jahr 1929 lassen sich nur für einige Gebiete schätzen. Bemerkenswert ist, daß die knappfüßliche Rentenversicherung voraussichtlich Fehlbeiträge sowohl in der Arbeiterrentenklasse wie in der Angestelltenrentenklasse aufweisen wird, während im Vorjahre noch in beiden Fällen Ueberüberschüsse festzustellen waren.

Die Reichspost und ihr Gründer.

Gedenkfeste für Generalpostmeister von Stephan.

Berlin, 8. Januar.

Aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Geburtsfestes des Generalpostmeisters von Stephan veranstaltete das Reichspostministerium in der Berliner Singakademie eine Gedenkfeste, die von musikalischen Vorträgen umrahmt war.

Die Begrüßungsansprache hielt Reichspostminister Dr. Schögel. Er führte u. a. aus: Wir haben uns hier vereint, um in schlichter Form des geschichtlichen Tages zu gedenken, an dem vor hundert Jahren Heinrich von Stephan, der Gründer und Organisator der Deutschen Reichspost, der Schöpfer des Weichselpostwesens, geboren wurde. Der Weichselverein, heute eine Selbstverwaltung, istenergebt eine Tat von übermütiger Kühnheit, die auf dem Weichselgebiet nicht etwa die Idee von Panuropa verwirklichte, sondern alle Kulturnationen der Erde unter Niederlegung aller Grenzstränken zu einer Weichselvereinigung zusammen schloß, ist in seinen Grundgedanken heute noch, wie ihn Stephan ins Leben gerufen hat. Wenn die Deutsche Reichspost im Laufe der Jahre eine gesunde und kräftige Zukunft gefunden hat und festgelegt für die weitere Zukunft besteht, so verdankt sie dies in erster Linie dem Verdienste Heinrich von Stephan. An unerlöschlicher tiefer Dankbarkeit beugt sich daher am heutigen Tage die Deutsche Reichspost vor dem Genius Heinrich von Stephan. Der Reichspostpräsident, der leider an der Teilnahme verhindert ist, bringt in einem besonderen Schreiben an mich die dankbare Anerkennung zum Ausdruck, mit der er der hohen Bedeutung Heinrich von Stephan gedenkt. Der Reichstanzler und die Reichsregierung nehmen lebhaften Anteil an der Feier für den großen Sohn des deutschen Volkes.

Die Festrede

hielt Staatsminister a. D. von Sydow, der ausführlich den Werdegang, die außergewöhnlich schnelle und glanzvolle Laufbahn Heinrich von Stephan, sein Wesen und seine Berufsmöglichkeit schilderte. Stephens Reformfähigkeit an sich die dankbare Anerkennung zum Ausdruck, mit der er der hohen Bedeutung Heinrich von Stephan gedenkt. Der Reichstanzler und die Reichsregierung nehmen lebhaften Anteil an der Feier für den großen Sohn des deutschen Volkes.

Die Anschluss-Verhandlungen

Vorläufig keine Angliederung von Meidlenburg-Strelitz.

Berlin, 9. Januar.

Eine Korrespondenz hatte in diesen Tagen die Meldung kolportiert, die Verhandlungen mit Meidlenburg-Strelitz über den Anschluss an Preußen ständen vor dem Abschluss. Meidlenburg-Strelitz würde als Regierungsbezirk unter Zielung der Kreise Lügernünde, Templin und Prenzlau der Provinz Brandenburg angeschlossen werden. Die demgegenüber von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist wohl mit Meidlenburg-Strelitz über den Anschluss bezw. die Bedingungen, unter denen der Anschluss vorzunehmen wäre, verhandelt worden, doch befinden sich die Verhandlungen in einem völlig unverbindlichen Vorstadium.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt